



---

**34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport**  
**Gremium:** Ausschuss für Bildung und Sport  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 22.11.2011, 17:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.  
79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.10.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Gesamtschule am Standort Schilfhof  
**11/SVV/0338** Fraktion DIE LINKE
  
- 3.2 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen  
**11/SVV/0667** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
neue Fassung vom 07.11.2011  
auch Werksausschuss KIS
  
- 3.3 Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen  
**11/SVV/0734** FB Kinder, Jugend und Familie
  
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 4.1 Information zur Nutzung der neuen Turnhalle der Marienschule
  
- 4.2 Zwischenbericht zum Lehrerersatzpool
  
- 5 Sonstiges



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Niederschrift

### 33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 25.10.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU/ANW

#### Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:40 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Teilnahme von 17:40 Uhr bis 19:45 Uhr
Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	Teilnahme bis 19:25 Uhr
Frau Anja Heigl	Die Andere	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Volker Klamke SPD Teilnahme bis 19:25 Uhr für Frau Michalske-Acioglu

#### sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Herr Florian Engels	SPD	Teilnahme bis 19:10 Uhr
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Beate Kruczek	FDP	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:10 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	Teilnahme ab 19:40 Uhr

#### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

## Gast

Herr Dietmar Weiberlenn	FB Bildung und Sport
Frau Heike Lupuleak	Musikschule
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Norbert Schweers	FB Kinder, Jugend u. Familie
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatl. Schulamt
Frau Dr. Corina Wartenberg- Zschuppe	Potsdamer Ruderge- sellschaft e. V. (PRG e. V.)
Frau Kathrin Fischer	PRG e. V.
Herr Andreas Klemund	LSH Potsdam GmbH
Herr Tobias Borstel	Polarstern e. V.
Frau Mandy Kayser	Polarstern e. V.
Herr Werner Lindner	SL Käthe-Kollwitz- Oberschule
Herr Florian Förster	§ 13 e. V.
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Hella Drohla	Gast
Herr Dr. Hartmut Böhm	Bürgeraktiv Drewitz
Herr Kraetzig	Hoffbauer-Stiftung
Herr Larsen Hähle	SL OSZ I Potsdam
Frau Bettina Hilbert	OSZ I Potsdam
Frau Christiane Ohlert	SL Coubertin Ober- schule
Herr Frank Lehmann	Schule am Nuthetal
Frau Grit Meinhold	SL Grundschule Hanna v. Pestalozza
Herr Martin Burkhardt	SL Weidenhof- Grundschule
Frau Anne Pichler	Stadtsporbund
Herr Dirk Albrecht	GB 2
Herr Michael Kroop	GB 2
Herr Ralf Becker	FB 35
Herr Guido Burek	§ 13 e. V.
Herr Schenke	PNN
Herr Klein	MAZ

## Nicht anwesend sind:

### Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	nicht anwesend
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	entschuldigt

### sachkundige Einwohner

Frau Inge Stab	Grüne/B90	nicht anwesend
----------------	-----------	----------------

### Schriftführer/in:

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs  
Bezug: Schreiben von Mitgliedern der Potsdamer Ruder-Gesellschaft e. V.
- 4 Nutzungsmöglichkeiten für Rollsport- und Inlinesportvereine in der Landeshauptstadt Potsdam
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Evaluation des gesamten Systems Potsdamer Schulsozialarbeit  
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0684  
FB Kinder, Jugend und Familie
  - 5.2 Schulsozialarbeiter  
Vorlage: 11/SVV/0122  
Fraktion DIE LINKE
  - 5.3 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule  
Vorlage: 11/SVV/0483  
Fraktion CDU/ANW
  - 5.4 Freie Schulen erhalten!  
Vorlage: 11/SVV/0677  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0702
  - 5.5 Schulen in privater Trägerschaft  
Vorlage: 11/SVV/0702  
Fraktion FDP  
gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0677
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
  - 6.1 Sachstand Brandschutzkonzept Jägerstraße 3-4
  - 6.2 Information zur Zeitschiene weiterführende Schule im Bornstedter Feld
- 7 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder gratuliert Frau Lupuleak, die als Leiterin der Musikschule bestellt wurde. Es werden ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit festgestellt. TOP 5.3 könne entfallen, da er als Antragsteller den Antrag zurückgezogen hat. In die Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2011 werde ein neuer Antrag eingebracht.

Es verliest die vorliegenden Anträge auf Rederecht, um darüber abzustimmen. Anträge liegen vor, zu TOP 3 für Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe und Frau Fischer von der Potsdamer Rudergesellschaft e. V., sowie für Herrn Klemund von der Luftschiffhafen Potsdam GmbH. Zu TOP 4 für Herrn Borstel vom Verein Polarstern. Zu TOP 5.1 für Herrn Förster vom § 13 e. V. und Herrn Lindner, Schulleiter der Käthe-Kollwitz-Oberschule. Zu TOP 5.4 und 5.5. für Herrn Kraetzig von der Hoffbauer-Stiftung.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Anträgen auf Rederecht zu. Zur ausge-reichten Tagesordnung gibt es keine weiteren Änderungswünsche.

Herr Schröder verweist auf eine Redezeitbegrenzung von maximal 5 Minuten. Er fragt, ob es Änderungen oder Ergänzungen zur Niederschrift der Sitzung am 20.09.2011 gebe. Da das nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 20.09.2011 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:** keine Gegenstimmen

#### zu 3 Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs Bezug: Schreiben von Mitgliedern der Potsdamer Ruder-Gesellschaft e. V.

Frau Fischer trägt die Ziele der Vereinsarbeit für Kinder- Schüler-, und Jugendsport sowie Leistungs- und Breitensport vor.

Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe verweist auf das Schreiben vom August 2011, mit welchem das Anliegen zur Unterstützung für den Erhalt des Seekrug-Geländes für die integrative Vereinsarbeit der Potsdamer Rudergesellschaft e. V. (PRG e. V.) an den Ausschuss für Bildung und Sport herangetragen wurde. In ihren Ausführungen erklärt sie, dass dieses Gelände für den Ruder- und Breitensport erhalten bleiben müsse.

**Herr Schröder** beendet die Redezeit. Mit Verweis auf das Klageverfahren möchte er wissen, wie man die von Frau Fischer vorgetragene Ziele, unter den schwierigen Bedingungen, erreichen möchte.

**Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe** erklärt, dass die PRG e. V. Trägerverein für den Bundesstützpunkt sei. Der Verein suche die Zusammenarbeit zu Schulen und Hochschulen. Man wolle auch Angebote für ältere Bürger vorhalten. Rudern solle nicht nur Leistungssport, sondern für alle möglich sein. Diese Arbeit sei nur an diesem Standort möglich und Ansprechpartner sei die PRG e. V.

**Herr Klemund** ergänzt, dass zum 31.12.2011 alle Leistungssportler und Stützpunkttrainer aus der PRG e. V. ausgetreten seien. Richtig sei, dass die PRG derzeit Träger des Bundesstützpunktes sei. Das Gleiche beanspruche der Olympische Potsdamer Rudersportclub. Der Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs wurde auch nicht in Frage gestellt, ebenso nicht der Pachtvertrag der PRG, der bis Ende 2014 läuft. Vom Cheftrainer sei dem Olympiastützpunkt zur Verbesserung der leistungssportlichen Bedingungen ein Raumkonzept übergeben worden und man habe geprüft, diese Bedingungen am Seekrug zukünftig umzusetzen zu können. Ohne gut funktionierenden Leistungssport stehen die Zuwendungen des Bundes für die Sportstättenförderung in Frage. Auf Grundlage des Masterplanes Luftschiffhafen wurde eine Projektstudie in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob es weitere Flächen für die Entwicklung des Rudersports gebe. Mit der aufgezeigten Projektstudie gebe es Kapazitäten, sodass ein Schüler der Sportschule bis zum Bundeskader trainieren könne. Das Projekt Neubau Ruderleistungszentrum am Luftschiffhafen ist an das MBS / BMI / DOSB herangetragen worden. Es sei nun am Verein (PRG), Vorschläge zu erarbeiten, wie das Gelände Seekrug zukünftig weiter genutzt werden solle.

**Frau Bankwitz** möchte wissen, wofür und wie viel Geld von Land bzw. Bund komme.

**Herr Klemund** erklärt, dass der Bund Mittel für Trainingsstätten Leistungssport (z. B. Ruderkasten) zur Verfügung stelle. Wenn es im Rudersport keine Bundeskader mehr gebe, falle die Unterstützung vom Bund weg.

**Frau Bankwitz** fragt, welche finanziellen Beiträge die Stadt leiste.

**Herr Albrecht** informiert, dass der Gesamtschuss der Stadt im Jahr 2010 für den Betrieb des Luftschiffhafens ca. 2,5 Mio. € betragen habe. Dieser gliedere sich auf für die Absicherung des Schulbetriebes, wozu es einen Mietvertrag mit der Luftschiffhafen Potsdam GmbH zur Schule und Mensa gebe und Zuwendungen für das Wohnheim. Zukünftig werde die Miete für die Sportmehrzweckhalle hinzukommen. Dazu kommen 677 T€ für den Geschäftsbesorgungsvertrag. Der reine Leistungssport werde durch Sportstättenförderung des Landes und des Bundes finanziert. Schulsport sichere die Stadt ab. Um die Fördermittel für das neue Ruderleistungszentrum zu erhalten, sind von der Stadt 780 T€ Eigenmittel erforderlich. Diese sind vom GB 2 als Mehrbedarf für den Investitionshaushalt 2012 angemeldet. Es liege nun die Information vor, dass es seitens des BMI / DOSB in die Planung 2013 verschoben wurde.

**Herr Wollenberg** verweist auf die komfortable Situation der Stadt Potsdam, so viele Bundes- und Landesstützpunkte zu haben. Er möchte wissen, ob mit den breitensportlichen Nutzern vorher gesprochen wurde und sie die Möglichkeit hätten, ihre Bedürfnisse für den Neubau anzumelden.

**Herr Klemund** informiert, dass die 1. Projektstudie ein Vereinszimmer und Trainingsbereiche für den Breitensport vorsah. Die Mehrheit habe sich für den Verbleib auf dem Gelände des Seekrugs ausgesprochen. Insofern wurde das Thema nicht weiter verfolgt.

**Herr Wollenberg** möchte wissen, wie es zu der 2. Projektstudie kam.

**Herr Klemund** erklärt, dass sich Breiten- und Leistungssport ergänzen und führt das Beispiel Kanusport an. Es sei jedoch nicht zwingend erforderlich, dass sich Leistungs- und Breitensport in einem Gebäude befinden. Es kam zu der Situation, dass Anwälte eingeschaltet wurden. Damit musste man umgehen.

**Herr Schröder** schließt den Tagesordnungspunkt ab und unterbreitet das Angebot, über die Sitzung hinaus als Partner zur Verfügung zu stehen. Die PRG e. V. könne sich an den Ausschuss für Bildung und Sport und an den Luftschiffhafenbeirat wenden.

**Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe** dankt für das Angebot und gibt zu verstehen, dass sie anderer Auffassung als Herr Kelmund sei.

zu 4

#### **Nutzungsmöglichkeiten für Rollsport- und Inlinesportvereine in der Landeshauptstadt Potsdam**

**Herr Borstel** reicht ein schriftliches Material aus. Er erklärt, dass der Verein nicht bei der Planung der Rollsportanlage mitwirken dürfe und die im ausgereichten Schreiben aufgeführten Fragen habe. Ein großes Problem sei die fehlende Überdachung. Es gebe ca. 800 Nutzer der Rollsportanlage. Diese könne auf Grund der fehlenden Überdachung nur von März bis Oktober genutzt werden. Wenn die Rollsportanlage im ÖPP Modell enthalten sei, könne man doch noch eine Überdachung berücksichtigen.

**Herr Richter** informiert, dass das Rollsportfeld Bestandteil der ÖPP- Ausschreibung zur Sanierung des Schulstandortes des Humboldt-Gymnasiums sei. Grundlage für die europaweite Ausschreibung war das vom Fachbereich Bildung und Sport erarbeitete Nutzerbedarfsprogramm. Demnach ist die Rollsportanlage fachgerecht zu sanieren oder zu ersetzen. Damit sei sicher, dass dieses Areal am Standort bleibe. Die Überdachung sei nicht Bestandteil der Ausschreibung. Bezüglich der Mitwirkung und Gestaltung befinde man sich noch im Verhandlungsverfahren. Zum Jahresende wolle der KIS der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage vorlegen. Sonderwünsche könne man nicht berücksichtigen.

**Frau Dr. Orlowski** möchte wissen, warum die Überdachung nicht in der Ausschreibung berücksichtigt wurde.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass der Fachbereich angehalten war, das Nutzerbedarfsprogramm so sparsam wie möglich zu halten. Das habe man für Schule und auch Sport getan. Dabei war dem Fachbereich der Status Quo wichtig.

**Herr Richter** ergänzt, dass bei ÖPP-Maßnahmen Kriterien zu beachten seien, um die Genehmigung der Kommunalaufsicht zu erhalten. Das heißt, es müssen Nachweise des Fachbereiches und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport erbracht werden, die belegen, dass die Maßnahme zwingend notwendig

und unabweisbar sei.

**Frau Dr. Magdowski** fragt, ob im Rahmen des laufenden Verfahrens die Möglichkeit einer Nachplanung der Überdachung bestehe.

**Herr Richter** erklärt, das sei zeitlich schwierig. Die Schulprojekte würden nicht im Sommer 2012 fertig. Gegenüber der Kommunalaufsicht wäre die Finanzierung nachzuweisen. Diesbezüglich habe er Bedenken.

**Herr Schröder** möchte wissen, ob man die Überdachung als Nebenangebot abfragen könnte.

**Herr Richter** bejaht, verweist aber auf den Zeitverlust von mindestens 4 Wochen.

**Frau Bankwitz** verweist darauf, dass diese Sportart immer mehr Anhänger finde. Der Verein habe sich bereits am 9. Juni gemeldet. Sie verstehe nicht, warum man 5 Monate gewartet habe und jetzt sage, dass das Gesamtprojekt gefährdet sei.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass es sich um eine freiwillige Leistung handle. Man habe sich, um die Genehmigung insgesamt nicht zu gefährden, für Status Quo entschieden.

**Frau Bankwitz** fragt, von welchen Kosten bei der Überdachung auszugehen sei.

**Herr Richter** erklärt, dass er dazu einen Sachstand einholen müsse.

**Herr Wollenberg** informiert, dass diese im Schreiben der Verwaltung mit 100 T€ beziffert seien.

**Herr Schröder** erklärt, dass diese Kosten nicht im Investitionsplan enthalten seien. Es wäre ein Nebenangebot einzuholen und die Summe müsste in den Haushalt eingeordnet werden, um den Investitionsplan anzuheben.

**Frau Knoblich** versteht nicht, warum die Kommunikation mit dem Verein nicht früher stattgefunden habe, um abzuwägen was man in die ÖPP-Maßnahme einordnen könne.

**Herr Schröder** verweist darauf, dass für die Bedarfsplanung der Fachbereich Bildung und Sport zuständig sei.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass die Hauptsorge des Vereins war, wo künftig die Sportstätte sein werde. Für den Fachbereich war es wichtig das zu sichern. Man könne auch die drei von ÖPP-Projekten betroffenen Schulen nach ihren Wünschen fragen. Das wären pflichtige Aufgaben. Auch bei den Schulen ist das Raumprogramm mit Augenmaß erstellt worden. Man habe innerhalb eines Gesamtprojektes abwägen müssen.

**Frau Krucsek** verweist darauf, dass man auch ein Ausschuss für Sport sei. Sie fragt, was mit der Fläche in den Monaten passiere, in denen sie nicht genutzt werden kann. Man solle überlegen, ob eine Überdachung das aufwiegen könne.

**Frau Dr. Orlowski** spricht sich dafür aus, nicht das laufende ÖPP-Verfahren anzuhalten. Die Stadt sollte später kommunales Geld in die Hand nehmen.

**Herr Klamke** verweist darauf, die in den nächsten Jahren geplante Sanierung der



Turnhalle Heinrich-Mann-Allee zu beachten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Kenntnis.

## zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 5.1 Evaluation des gesamten Systems Potsdamer Schulsozialarbeit Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0684 FB Kinder, Jugend und Familie

**Herr Schweers** erklärt, dass mit der Mitteilungsvorlage ein Vorschlag des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie vorliege, wie künftig mit dem Thema umgegangen werden sollte. Zur Zeit seien in der Landeshauptstadt Potsdam 10 Schulen mit einem Sozialarbeiter ausgestattet. Dafür fallen 435 T€ für Personalkosten sowie Betriebs- und Sachkosten für den § 13 e. V. an. Bedarf haben 24 Schulen angemeldet. Die Lenkungsgruppe konnte sich nach der Evaluation nicht auf ein gemeinsames Votum verständigen. Aus Sicht der START GmbH gebe es drei Optionen:

Option I – Qualifizierung des Angebotes an den aktuellen Schulstandorten, d.h. man bleibt bei dem bestehenden System und verbessert es.

Option II – Erweiterung des Angebotes auf alle Schulstandorte/-formen, d. h. neben qualitativer Verbesserung insbesondere quantitative Erweiterung des Angebotes für alle bedarfsanmeldenden Schulen. Die Finanzierung für 10 Schulen beträgt derzeit ca. 390.000 €. Für 24 Schulen wären es 1.044.000 € und für 40 Schulen 1.740.000 €, jeweils zuzüglich Betriebs- und Sachkosten.

Option III – Priorisierung des Angebotes auf ausgewählte Schulen, d. h. dass Schulen mit dem nötigsten Bedarf mit den vorhandenen Mitteln betreut werden. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie schlage ein gesamtstädtisches Rahmenkonzept Jugendhilfe-Schule vor. In Potsdam gebe es ein gutes System von Kinder- und Jugendclubs. Zukünftig wolle man die finanziellen Mittel dorthin geben. Die Sozialarbeiter sollen dann mehr Vernetzung und Projekte durchführen. Damit wolle man einen Systemwechsel herbeiführen. Schulen wolle man stärker in die Verantwortung nehmen, ihre Probleme zu lösen. Der Jugendhilfeausschuss und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung wollen einen Verfahrensvorschlag entwickeln, um 2013 zu beginnen.

**Herr Förster** informiert, dass man derzeit in Potsdam ein kooperatives Modell von Schulsozialarbeit habe. Es sei besser mit mehreren Leuten vor Ort zu arbeiten, insofern strebe man Kooperation mit den Jugendclubs an. Die Schulsozialarbeiter an den Schulen erfüllen eine Netzwerkfunktion und seien Türöffner für die Jugendhilfe. Es gebe Punkte, die verbessert werden müssen. 70 bis 80 % Einzelfallhilfe werden durch Sozialarbeiter des § 13 e. V. mit dem Jugendamt entwickelt. Wenn der Schwerpunkt verändert werden soll, müsse man sehen, wo die Ziele zu setzen seien.

**Herr Lindner** erklärt, dass er für die evaluierten Schulen spreche. Der Evaluationsbericht stand ständig unter Kritik der Schulleiter und entspreche nicht der Wahrnehmung der Schulen. Die START GmbH habe ständig negativ dargestellt. Dadurch sei der Vorschlag entstanden, dass die Trägerschaft der Sozialarbeit vom § 13 e. V. weggehe. Er führt aus, was Schulen von Schulsozialarbeit erwarten. Schulen brauchen den Schulsozialarbeiter mindestens 30 bis 40 Wochenstunden, da das betroffene Klientel wachse. Der Schulsozialarbeiter müsse vor Ort sein, um präventiv mit möglichst vielen Schülern arbeiten zu können. Schule

brauche den Schulsozialarbeiter für Einzelfallhilfe mit Lehrern und Eltern, als Berater für Lehrer, als Berater für Eltern, als Berater für Schüler, wenn Schüler den Lehrer nicht ansprechen wollen. Schule brauche den zugeordneten Schulsozialarbeiter, weil Jugendclubs ein anderes Bedienungsfeld haben. Der Vorschlag könne seitens der Schulen nicht mitgetragen werden. Er unterbreitet den Vorschlag, das Thema kritisch im Fachbereich Bildung und Sport in Form einer Schulleiterberatung zu beraten und bittet die Ausschussmitglieder, sich für die Pflichtaufgabe Schule und für einen externen Träger für die Schulsozialarbeit zu entscheiden.

**Frau Dr. Orlowski** fragt, wie viel Sozialarbeiter in Jugendclubs seien und wie man die Arbeit verbinden wolle. Das Land fördere Schulsozialarbeiterstellen. Wo befinden sich diese Stellen in der Landeshauptstadt Potsdam. Auch der Bund stelle für Potsdam Mittel für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

**Herr Schweers** erklärt, dass vorgeschlagen werde, das Geld für Schulsozialarbeit ab Januar 2013 an die Kinder und Jugendclubs zu geben und von dort aus die Schulsozialarbeit zu betreiben. Es gebe in der Stadt 18 Kinder- und Jugendclubs. Diese bekämen zu ihren bisherigen 40 Sozialarbeiter/-innen weitere 10 hinzu. Damit könne man zum Thema Prävention viel mehr Schulen bedienen und auch Einzelfallhilfe geben. 20 Prozent werden vom Land finanziert. Das sei bei einem 50-Stellen-Programm für die Landeshauptstadt Potsdam ein geringer Teil. Insgesamt gebe man für Sozialarbeit 4 Mio. € aus. Aus dem Bildungs- und Teilhabepaket stehen für 2012 und 2013 je ca. 600 T€ zur Verfügung. Nach 2013 stehe das Geld nicht mehr zur Verfügung. Mit der Evaluation wolle man sinnvolle Projekte fördern, wie zum Beispiel 1 Stelle im Mädchentreff Zimtzicken sowie in der Medienwerkstatt und der Stadt- und Landesbibliothek. Die Stadtverordneten könnten sagen, man wolle das bestehende Modell weiterführen. Das bedeute aber, jedes Jahr zusätzliche Mittel einzustellen.

**Herr Menzel** bringt zum Ausdruck, dass er an jeder Schule Bedarf sehe. Er benötige eine ausführlichere Darstellung, um seine Zustimmung zu geben.

**Herr Schweers** erklärt, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung ein Verfahren entwickeln solle. Es werde weitere Beratungen geben. Im Rahmen Inklusion werden weitere Herausforderungen auf die Kommune zukommen. Weitere Themen seien kommunale Bildung und Ganztage. Zur Zeit stütze man mit kommunalen Mitteln ein Schulsystem. Hier müsse die Stadt einen Weg finden, wie das zu tun sei.

**Herr Wollenberg** sieht in der Verschiebung der Sozialarbeit zu den Jugendclubs einen drastischen Systembruch. Wenn man sagt, das jetzige System Sozialarbeit leiste nicht genug, weil es von Einzelfallhilfe aufgeessen werde, wie soll es bei Reduzierung von Schulsozialarbeit funktionieren.

**Herr Schweers** erklärt, dass der Jugendclub auch in die Schule gehen könne.

**Frau Knoblich** schlägt vor, die Diskussion an anderer Stelle weiterzuführen.

**Frau Dr. Magdowski** begrüßt, dass sich der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie Gedanken über neue Entwicklungen mache. Das bedeute aber auch, neue Aufgabenstellungen für Jugendclubs. Sie schlägt vor, mit den Schulleitern darüber zu sprechen. Ihr Anliegen sei, auch bei geringen Ressourcen Lösungen zu suchen, wie man Schulen helfen könne, die jetzt keinen Sozialarbeiter haben. Sie sei interessiert daran, mit den Schulleitern ins Gespräch zu kommen und mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ein Pilotprojekt zu initiieren.

**Frau Krause** äußert Bedenken. Jugendclubs werden in der Schulzeit nicht von Jugendlichen besucht und auch das Abendangebot sei wichtig. Ihr sei unklar, wie sich die Arbeit verlagern solle.

**Herr Schweers** informiert, dass in Leistungsverträgen beschrieben sei, was Jugendclubs tun. Wenn die Stellen an die Jugendclubs gehen, könne ein Jugendclub an zwei bis drei Schulen Projektarbeit durchführen. Außerdem können die Jugendlichen mit Problemen zum Sozialarbeiter kommen.

**Frau Frevert** gibt zu bedenken, dass Kinder Zeit brauchen, um Vertrauen zu einer Person aufzubauen. Schüler gehen nicht in Jugendclubs. Schön wäre mehr Geld für Sozialarbeit an allen Schulen.

**Frau Bankwitz** spricht sich dafür aus, auf das Votum der Schulleiter zu warten.

**Herr Schröder** erklärt, an der Diskussion sei zu erkennen, dass es noch Diskussionsbedarf gebe. Wenn der Unterausschuss Jugendhilfeplanung ein Ergebnis vorgelegt hat, sollte sich der Ausschuss für Bildung und Sport weiter mit dem Thema befassen.

**zu 5.2 Schulsozialarbeiter**  
**Vorlage: 11/SVV/0122**  
Fraktion DIE LINKE

**Herr Wollenberg** stellt den Antrag zurück, bis ein Ergebnis aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorliegt.

**zu 5.3 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule**  
**Vorlage: 11/SVV/0483**  
Fraktion CDU/ANW

Der Antrag wird durch den Antragsteller zurückgezogen.

**zu 5.4 Freie Schulen erhalten!**  
**Vorlage: 11/SVV/0677**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0702

**Herr Kraetzig** geht auf den im Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf ein und bringt zum Ausdruck, dass man hier gerade ein Missverständnis der Aufgaben von freien Schulen erlebe. Wenn dieses Gesetz beschlossen werde, passiere die Schädigung von bürgerschaftlichem Engagement. Die freien Schulen könnten reagieren, indem sie das Schulgeld in erheblicher Höhe anheben oder Lehrkräfte einsparen. Beides widerspräche jedoch dem Grundgesetz. Die Hoffbauer-Stiftung betreibe fünf Schulen in Potsdam. Dadurch werde die Stadt im Jahr um 1.761.444 € entlastet. Außerdem werden über 1000 Schüler mit Förderbedarf an der Berufsschule Theodor Hoppe und der Oberlinschule beschult. Er bittet die Ausschussmitglieder, den vorliegenden Antrag zu unterstützen. Er verweist auf eine Homepage, auf der sich viele Gemeinden positioniert haben und sich gegen das Gesetz aussprechen.

**Frau Kruczek** bringt den Antrag der Fraktion FDP ein.

**Herr Weberlenn** erläutert, dass Schulen in freier Trägerschaft seit Beginn der Schulentwicklungsplanung Bestandteil des beschlossenen Schulentwicklungsplanes seien. Sie werden gleichberechtigt in den Broschüren und Verzeichnissen aufgenommen, wenn sie es wünschen. Man habe die freien Schulen immer offen behandelt und als Bereicherung der Bildungsangebote wahrgenommen. Der Fachbereich Bildung und Sport sei der Auffassung, dass die Schulen in freier Trägerschaft zum Potsdamer Schulnetz gehören und dort bleiben sollten. Zum FDP-Antrag gebe es folgende Anmerkungen: Man müsse auch die Schlüsselzuweisungen des Landes berücksichtigen. Die Schüler auf öffentliche Schulen zu verteilen, wie in Punkt 4 vorgeschlagen, sei nicht praktikabel. Die in Punkt 3 geforderte Schätzung der Kosteneinsparung des Landes für pädagogisches Personal sei nicht möglich. Insofern bittet er die Punkte 2 bis 4 zu überdenken, da die Antworten durch den Fachbereich Bildung und Sport nicht lieferbar sind.

**Herr Schröder** lässt beide Anträge nacheinander abstimmen.

Frau Bankwitz und Frau Heigl haben die Abstimmung zur DS 11/SVV/0677 verpasst.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1	
Ablehnung:	4	
Stimmenthaltung:	0	Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 5.5 Schulen in privater Trägerschaft**

**Vorlage: 11/SVV/0702**

Fraktion FDP

gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0677

**Herr Schröder** lässt den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	0	
Ablehnung:	5	
Stimmenthaltung:	2	Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Sachstand Brandschutzkonzept Jägerstraße 3-4**

**Herr Richter** informiert, dass er vor einem Jahr die Durchführung der bautechnischen Brandschutzmaßnahmen im 1. Halbjahr 2011 zugesagt habe. Er bedauere, dass die Baumaßnahme nun auf Sommer 2012 verschoben werde und kann sich nur entschuldigen. In diesem Fall bittet er um Nachsicht.

**Frau Lupuleak** erklärt, dass diese Verschiebung den Nutzern schwer zu vermittelbar sei.

**Herr Richter** sagt Unterstützung bei der Erklärung gegenüber den Nutzern zu.

**zu 6.2 Information zur Zeitschiene weiterführende Schule im Bornstedter Feld**

**Herr Schröder** erklärt, mit Verweis auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2011, TOP 7.11, dass sich der Punkt erübrigt habe.

**Herr Weiberlenn** ergänzt, dass auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung sowohl der Beschluss zum B- Plan und auch der Beschluss zur Errichtung einer Gesamtschule im Bornstedter Feld stehen.

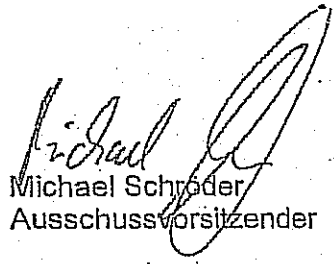
**zu 7 Sonstiges**

**Herr Wollenberg** verweist auf ein Rundschreiben zur Sicherheit der Kinder, welches die Schulen vom Fachbereich erhalten haben und fragt nach den Hintergründen.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass der Rundbrief an alle Schulen verschickt worden sei. Er enthalte Verhaltenshinweise und Empfehlungen an die Eltern und die Schule, wenn Kinder von fremden Personen angesprochen werden. Dies sei vorgekommen und der Fachbereich war der Meinung, die Schulleiter sollten über Verhaltensregeln informiert werden. Das Rundschreiben wird mit der Niederschrift an die Ausschussmitglieder übergeben.

**Herr Weiberlenn** informiert, dass man verabredet habe, im November einen Termin für die AG-Schulentwicklungsplanung festzulegen. Eingeladen wird ein Vertreter aus jeder Fraktion.

**Die Ausschussmitglieder verständigen sich auf folgenden Termin für die AG-Schulentwicklungsplanung:  
Dienstag, den 15.11.2011, 17.00 Uhr im Haus 10 Raum 205.**

  
Michael Schröder  
Ausschussvorsitzender

  
Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Bildung und Sport

---

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer  
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /  
des Ausschusses

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
<b>34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport</b>		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
<b>22.11.2011</b>	<b>17:30 Uhr</b>	<b>Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81</b>

Mit freundlichen Grüßen

---

Vorsitzende/r



öffentlich

**Betreff:**

Gesamtschule am Standort Schilfhof

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.04.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.05.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am Standort Schilfhof, Stadtteil Schlaatz, zum Schuljahr 2012/2013 eine weitere, bis zu fünfzügige Gesamtschule einzurichten.

Zum Stand der Umsetzung ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer September-Sitzung 2011 zu informieren.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

In Potsdam besteht ein Mehrbedarf an Gesamtschulplätzen.

Es fehlen 198 Gesamtschulplätze, was der Kapazität von 8 Schulklassen entspricht.

Dieser Bedarf kann allein mit den 3 am Standort Haeckelstraße einzurichtenden Klassen bei weitem nicht gedeckt werden.





öffentlich

**Betreff:**

Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen

**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 07.09.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
28.09.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die neue Gesamtschule in Potsdams Norden als Plus Energie Schule bauen zu lassen. Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität in Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten.

gez. Saskia Hüneke  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen: Die Schule im Plus-Energie-Standard produziert mehr Energie als das Gebäude über das Jahr hinweg verbraucht.

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

### **Begründung:**

Plus-Energie bedeutet, dass das Gebäude in der Jahresbilanz mehr Energie erzeugt, als es für den Betrieb benötigt. Eine Gebäudehülle nach Passivhausstandard, ein natürliches Beleuchtungs- und Belüftungskonzept sowie eine Gebäudetechnik mit CO<sub>2</sub>-neutraler Energiebereitstellung sind dafür beispielhaft zu benennen. Architektur und CO<sub>2</sub>-neutrale Energieerzeugung müssen konsequent optimiert werden. Mit dem dafür unerlässlichen integralen Planungsprozess sollten zudem folgende Ziele erreicht werden: Minimierter Energieverbrauch, reduzierte Baunutzkosten bei gleichzeitig hohem Nutzerkomfort und eine über den gesamten Gebäudelebenszyklus effiziente Energie- und Kostenperformance.

Ziel ist es, die Bewirtschaftungskosten der Schule für Potsdam langfristig so niedrig wie möglich zu halten. Dabei werden einerseits die Instandhaltungs- und Wartungskosten durch den Einsatz langlebiger, robuster und wartungsarmer Bauteile und Baustoffe minimiert, andererseits werden die Verbrauchskosten für Energie auf ein sehr niedriges Niveau reduziert. Das Plus-Energie-Konzept ermöglicht darüber hinaus, einen wesentlichen Teil der Energiekosten durch den Ertrag aus der Energieerzeugung zu kompensieren. Die Baukosten sind dabei vergleichbar wie bei konventionellen Gebäuden.

Im Hinblick auf wünschenswerte neue pädagogische Konzepte sollen optimale bauliche Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Lern- und Lehrumfeld geschaffen werden, um flexiblen pädagogischen Konzepten gerecht zu werden und somit Raum für die Qualitätsentwicklung der Schule zu geben. Dies wird vor allem durch differenzierte, teilbare und flexibel nutzbare Räume erreicht. Im Rahmen eines integrierten Planungsansatzes sollen alle technischen, energetischen und funktionalen Anforderungen als Teil der Architektur verstanden werden.

Als Beispiel kann die neue Grundschule in Hohen Neuendorf dienen (**Projektinformation ist im RIS als Anlage hinterlegt**). Zu einer Exkursion an die fertiggestellte Schule in Hohen Neuendorf lädt die Fraktion im Herbst 2011 herzlich ein.

# Plus-Energie-Grundschule in Hohen Neuendorf



Ein Modellprojekt im Forschungsakzent »Energieeffiziente Schule«: Dieser Neubau soll zeitgemäßen Grundschulunterricht ermöglichen. Bereits in der Planung wurde an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität in Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten. Das neue Schulgebäude ist nach dem Plus-Energie-Konzept geplant. Plus-Energie bedeutet, dass das Gebäude in der Jahresbilanz mehr Energie erzeugt, als es für den Betrieb benötigt. Dafür müssen Architektur und CO<sub>2</sub>-neutrale Energieerzeugung konsequent optimiert werden. Mit dem dafür unerlässlichen integralen Planungsprozess sollten zudem folgende Ziele erreicht werden: Minimierter Energieverbrauch, reduzierte Baunutzkosten bei gleichzeitig hohem Nutzerkomfort und eine über den gesamten Gebäudelebenszyklus effiziente Energie- und Kostenperformance.



Ansicht der neuen Schule mit Perspektive Süd-West im Computermodell

© IBUS Architekten und Ingenieure, Berlin/Bremen

## Gebäudesteckbrief

<b>Projektstatus</b>	<div style="width: 10%; background-color: #0056b3; height: 10px; display: inline-block;"></div> Geplant
<b>Standort</b>	16540 Hohen Neuendorf, Brandenburg
<b>Baufertigstellung</b>	10/2010
<b>Inbetriebnahme</b>	10/2010
<b>Bauherr</b>	Stadt Hohen Neuendorf (+Betreiber und Nutzer)
<b>Bruttogrundfläche</b>	7.414 m <sup>2</sup>
<b>Bruttorauminhalt</b>	37.735 m <sup>3</sup>
<b>Nutzfläche (nach EnEV)</b>	6.563 m <sup>2</sup>
<b>A/V</b>	0,33 m <sup>2</sup> /m <sup>3</sup>
<b>Schwerpunkte</b>	Wärmeschutz, Fassadensysteme, Verglasung + Fenster, Tageslichtplanung, Tageslichtsysteme, Optimierte Beleuchtung, Lüftung + WRG, Regenerative + passive Kühlung, Kraft-Wärme-Kopplung, Wärme-/Kälte-Verbund, Regelungstechnik, Betriebsführung, Gebäudeautomation, Photovoltaik, Biomassenutzung, Baustoffökologie

## Projektbeschreibung

In der Stadt Hohen Neuendorf verdoppelte sich die Zahl der Einwohner in den letzten 20 Jahren auf knapp 25.000 Einwohner. Wegen der guten Verkehrsanbindung und der unmittelbaren Nähe zur Hauptstadt Berlin ist die kleine Stadt für junge Familien attraktiv. So stieg auch die Anzahl der Schüler sprunghaft an. Für die dadurch notwendig gewordene neue Grundschule wurde Anfang 2008 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, welche erste Planungsdaten und Kennwerte definierte. Der Neubau liegt direkt neben einer bestehenden kommunalen Sportanlage, so dass diese für den Schulsport mit genutzt werden kann. Die Dreifeld-Sporthalle der zukünftigen Schule ist daher eine ideale Ergänzung und Aufwertung des Standortes für den Breitensport.

Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie wurden zur Grundlage für ein europaweites Vergabeverfahren (nach VOF). Bereits bei der Auswahl des Architekten wurde ein besonderes Augenmerk auf Erfahrungen im energieoptimierten Bauen gelegt.

## Gebäudekonzept

Mit dem Vorhaben soll gezeigt werden, dass Plus-Energie-Konzepte auch auf Schulgebäude übertragen werden können. Der Neubau umfasst den Bau einer 3-zügigen Grundschule mit integrierter Dreifeld-Sporthalle. Damit sollen optimale bauliche Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Lern- und Lehrumfeld geschaffen werden, um flexiblen pädagogischen Konzepten gerecht zu werden und somit Raum für die Qualitätsentwicklung der Schule zu geben. Dies wird vor allem durch differenzierte, teilbare und flexibel nutzbare Räume erreicht. Im Rahmen eines integrierten Planungsansatzes werden alle technischen, energetischen und funktionalen Anforderungen als Teil der Architektur verstanden.

Die Gebäudehülle soll im Passivhausstandard errichtet werden, mit dem Ziel der weitgehenden Vermeidung von Wärmeverlusten. Wichtig dafür sind eine sehr gut wärmegeämmte Konstruktion mit luftdichter Gebäudehülle ( $n_{50} < 0,6/h$ ) und ein ausgewogenes Verhältnis von transparenten zu nicht-transparenten Fassadenflächen. Geplant ist eine Ausführung in Massivbauweise aus Stahlbeton, um ausreichende thermische Speichermassen zu erreichen, mit einer Fassade aus Vormauerziegeln. In den Brüstungsbereichen der südorientierten Klassenraumfenster und der ostorientierten Fachraumfenster sowie zur Minimierung kleinflächiger Wärmebrücken werden Vakuum-Dämmpaneele eingesetzt.

Das Tageslichtkonzept setzt auf hohe Tageslichtautonomie, die auch für die flexiblen Nutzungsszenarien der Unterrichtsbereiche eingehalten wird. Gleichzeitig wird die thermische Belastung in den Sommermonaten minimiert. Das Konzept berücksichtigt die unterschiedlichen inneren (räumlichen, lichttechnischen und gestalterischen) Anforderungen und reagiert auf die äußeren Bedingungen, indem für die verschiedenen Orientierungen und inneren Anforderungen spezifische Sonnenschutz- und Tageslichtsysteme entwickelt werden. Zum Einsatz kommen verschiedene innovative Materialien und Komponenten, wie z. B. Nanogel-Verglasungen, mikrostrukturierte Sonnenschutzgläser, lichtlenkende und elektrochrome Verglasungen.

Die Raumakustik reagiert bei der Anordnung von schallabsorbierenden Akustikelementen sowohl auf die frei zugänglichen Massivbauteile als auch die verschiedenen Raumkonstellationen (Unterrichtsräume, Turnhalle, Aula). Durch Integration innovativer Bauteilkomponenten wird das Image eines Plus-Energie-Hauses auch architektonisch transportiert, die Komponenten sollen sichtbar sein und verständlich gemacht werden. Deutlich wird dies z. B. in der Umsetzung verschiedener Sonnenschutzkonzepte und dem Sichtbar machen der Lüftungselemente.

### **Energiekonzept**

Durch die parallele Entwicklung von Energie- und Gebäudekonzept wurde ein hoher Integrationsgrad von architektonischem Entwurf und technischer Gebäudeausrüstung erreicht. Bei der Erstellung des Energiekonzeptes standen die Nutzung von natürlichen Ressourcen und passive Maßnahmen im Vordergrund, um aktive technische Komponenten im Sinne eines Lean-Building-Konzeptes (Schlanke Gebäudetechnik) zu minimieren. Dadurch werden die Lebenszykluskosten der technischen Anlagen und der Energiebedarf des Gebäudes deutlich verringert.

Schwerpunkte sind:

Eine Gebäudestruktur mit viel Speichermasse für freie Kühlung, um die sommerliche Überhitzung zu vermeiden und den thermischen Komfort zu steigern.

Ein Raumkonzept mit Tageslichteinfall von mehreren Seiten, um eine hohe Tageslichtautonomie zu erreichen und damit den Strombedarf zu senken.

Ein Beleuchtungskonzept mit einer präsenz- und raumtiefenabhängigen Beleuchtungssteuerung, um nur das notwendige Maß an künstlicher Beleuchtung nachzuführen. Das Konzept sieht einen kombinierten Einsatz von LED-Leuchten und energieeffizienten konventionellen Leuchtsystemen vor.

Ein hybrides Lüftungskonzept mit hauptsächlich natürlicher Lüftung. Luft wird nur dann maschinell bewegt, wenn es energetisch sinnvoll ist oder es Nutzungs- und Witterungsbedingungen erforderlich machen. Das Lüftungskonzept sieht vor, mittels maschineller Grundlüftung den Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehalts in Klassenräumen zu verlangsamen und mittels zentral angesteuerter motorischer Fensterflügel über Stoßlüftung den CO<sub>2</sub>-Gehalt wieder auf Außenluftniveau zu bringen sowie über natürliche Nachtlüftung einer sommerlichen Überhitzung zu begegnen.

Eine nachhaltige Energieerzeugung durch kombinierten Einsatz von Biomasse (Pellet-Heizkessel und Pellet-BHKW) und Solarenergie (PV Anlage), um CO<sub>2</sub>-Neutralität und die Zielstellung des Plus-Energie-Konzeptes zu erreichen.

### **Pädagogikkonzept**

Das Raumkonzept des Schulgebäudes soll ein zeitgemäßes pädagogisches Konzept der neuen Grundschule ermöglichen. Grundschulpädagogische Vorgaben definieren Unterricht längst nicht mehr als den klassischen Frontalunterricht, sondern als einen durch den Lehrer moderierten und angeleiteten selbstständigen Prozess mit individueller Förderung einzelner Schüler oder Gruppen, Binnendifferenzierung, vielfältigen Unterrichtssituationen, jahrgangsübergreifenden Gruppen und aktiver Beteiligung der Schüler. Projektarbeit, Nutzung unterschiedlicher Medien, verschiedenste Arbeitsformen kennzeichnen den Unterricht.

### **Performance**

Informationen hierzu im weiteren Projektverlauf

### **Optimierungsmaßnahmen und -möglichkeiten**

Informationen hierzu im weiteren Projektverlauf

### **Baukosten und Wirtschaftlichkeit**

Ziel der Konzeption ist es, die Bewirtschaftungskosten der Schule für die Kommune langfristig so niedrig wie möglich zu halten. Dabei werden einerseits die Instandhaltungs- und Wartungskosten durch den Einsatz langlebiger, robuster und wartungsarmer Bauteile und Baustoffe minimiert, andererseits werden die Verbrauchskosten für Energie auf ein sehr niedriges Niveau reduziert. Das Plus-Energie-Konzept ermöglicht darüber hinaus, einen wesentlichen Teil der Energiekosten durch den Ertrag aus der Energieerzeugung zu kompensieren. Die Baukosten sind dabei vergleichbar wie bei konventionellen Gebäuden.

### **Kosten für die Realisierung**

Realisierungskosten in €/m <sup>2</sup>	
<b>Baukonstruktion (KG 300)</b>	767
<b>Technische Anlage (KG 400)</b>	220

Hierbei handelt es sich um eine/n Kostenberechnung

Bauwerkskosten netto nach DIN 276 bezogen auf die Bruttogrundfläche (BGF) nach DIN 277





Bauvorhaben

## Plusenergie Grundschule Niederheide, Hohen Neuendorf

Neubau einer 3-zügigen Grundschule mit einer 3-fach-Sporthalle

IBUS Architekten und Ingenieure

### Integriertes architektonisch- technisches Konzept

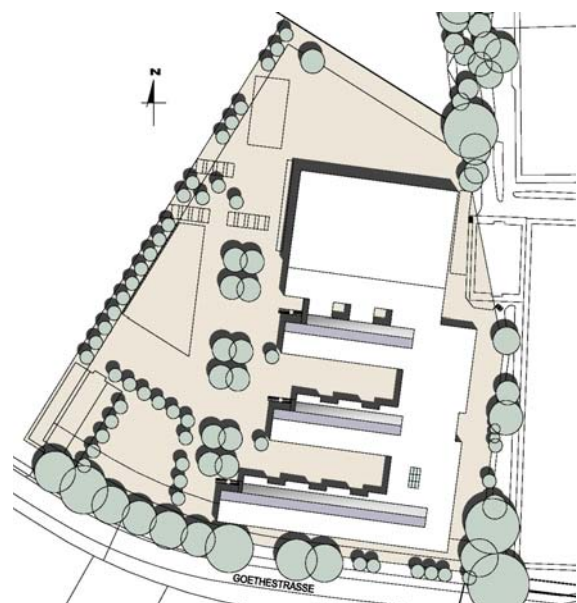
Ausgehend vom Leitbild der „Stadt im Grünen“ und der Notwendigkeit, die langfristige Finanzierbarkeit für die Komune zu sichern, wurde für den Neubau der Grundschule Niederheide eine zukunftsweisende Konzeption entwickelt, die aus der Integration der Nutzungsanforderungen, der energetischen Anforderungen, der Komfortanforderungen und der entwurflich-konstruktiven Rahmenbedingungen zu spezifischen architektonischen Qualitäten führt.

Das Gebäude erfüllt höchste Anforderungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit in Bau und Betrieb. Es erzeugt mehr Primärenergie, als es verbraucht und ist damit CO<sub>2</sub>-neutral. Das 7.400 m<sup>2</sup> große Gebäude ist ein „Leuchtturmprojekt“ der Förderinitiative „Energieeffiziente Schulen“, die Bestandteil des Forschungsschwerpunktes „Energieoptimiertes Bauen“ (EnOB) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ist.

Das Ziel der Planung bestand darin, die Aufenthaltsbedingungen (Luftqualität, Tageslichtqualität, thermische Qualität) für die Schüler und Lehrer zu optimieren und sowohl den Energiebedarf, als auch die Kosten zu minimieren. Dabei ging es im Wesentlichen darum, optimale bauliche Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Lern- und Lehrumfeld zu schaffen.

Durch Integration innovativer Bauteilkomponenten wird das Image eines Plusenergiegebäudes auch architektonisch transportiert, die Komponenten sind sichtbar und sollen verständlich gemacht werden. Deutlich wird dies z.B. in der Umsetzung verschiedener Sonnenschutzkonzepte, dem sichtbar machen der Lüftungskonzepte (Elemente), Orientierung der Unterrichtsräume und dem Einsatz innovativer Bauteile in der Gebäudehülle.

Die hoch-wärmegeämmte Konstruktion erfüllt den Passivhausstandard und ist wärmebrückenfrei. Die tragenden Bauteile sind in Massivbauweise in Stahlbeton errichtet, die Fassade ist zweischalig mit einer Vormauerschale und Kerndämmung ausgeführt. Die Gebäudehülle genügt den Passivhausanforderungen der Luftdichtheit und hat ein ausgewogenes Verhältnis von transparenten und nicht-transparenten Fassadenflächen zu den Speichermassen im Gebäude.







## Projektdaten

**Bauherr** Stadt Hohen Neuendorf  
**Architekt** IBUS Architekten und Ingenieure  
**Energieplaner** BLS Energieplan GmbH, IBUS Architekten  
**TGA** BLS Energieplan GmbH, Berlin  
**Fertigstellung** Sommer 2011



IBUS Architekten und Ingenieure GbR  
 Prof. Ingo Lütkemeyer, Dr. Gustav Hillmann, Hans-Martin Schmid

Caspar-Theyß-Straße 14a | 14193 Berlin  
 Tel.: 030 / 896 995 0 | Fax: 030 / 896 995 99

Niederblockland 7 | 28357 Bremen  
 Tel.: 0421 / 30 32 48 0 | Fax: 0421 / 30 32 481  
 www.ibus-architekten.de | info@ibus-architekten.de

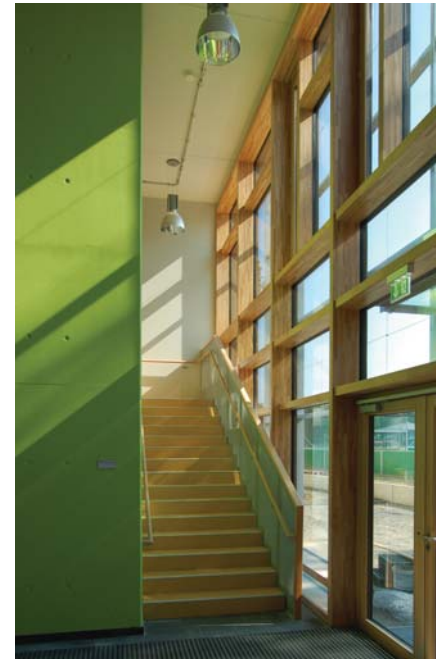


## Energiekonzept

Bei der Erstellung des Energiekonzeptes stand die Nutzung von natürlichen Prozessen und passiven Technologien im Vordergrund, um eine Minimierung der aktiven technischen Komponenten zu erreichen. Durch sparsam eingesetzte aktive Systeme werden die Lebenszykluskosten der technischen Anlagen gesenkt und der Energiebedarf des Gebäudes deutlich verringert.

Das Energiekonzept umfasst

- eine Gebäudehülle, die dem Passivhausstandard entspricht
- eine Gebäudestruktur, die viel Speichermasse für eine freie Kühlung zur Verfügung stellt, um die sommerliche Überhitzung zu vermeiden und den Nutzungskomfort zu steigern
- ein Raumkonzept, das den Tageslichteinfall von mehreren Seiten ermöglicht, um eine hohe Tageslichtautonomie zu erreichen und damit den Strombedarf zu senken,
- ein Beleuchtungskonzept, das eine präsenz- und raumtiefenabhängige Beleuchtungssteuerung vorsieht, um nur das notwendige Maß an künstlicher Beleuchtung nachzuführen,
- ein hybrides Lüftungskonzept, das sich im wesentlichen auf die natürliche Lüftung stützt und Luft nur dann maschinell bewegt, wenn es energetisch sinnvoll ist oder Nutzungs- und Witterungsbedingungen es erforderlich machen,
- eine nachhaltige Energieerzeugung auf der Grundlage des kombinierten Einsatzes von nachwachsenden Rohstoffen (Pellet-Heizkessel und Pellet-BHKW) und solaren Energien (PV Anlage), um CO<sub>2</sub>-Neutralität zu erreichen und die Zielstellungen aus dem Plus-Energie-Konzept zu erfüllen.





**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Betreff:** Neue Schule in Potsdamer Norden mit geringen Betriebskosten bauen

Erstellungsdatum 07.11.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.11.2011	Stadtverordnetenversammlung (Fortsetzung) Ausschuss für Bildung und Sport Ausschuss für KOUL Werksausschuss KIS	x	

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die neue Gesamtschule in Potsdams Norden mehrere Konzepte vorzulegen, um ein Gebäude mit möglichst geringen Bewirtschaftungskosten und optimalen Lebenszykluskosten bauen zu können. Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität im Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten.

**Begründung:**

In einem integralen Planungsprozess sollten folgende Ziele erreicht werden: Minimierter Energieverbrauch, reduzierte Baunutzungskosten bei gleichzeitig hohem Nutzerkomfort und eine über den gesamten Gebäudelebenszyklus effiziente Energie- und Kostenperformance. Ziel ist es, die Bewirtschaftungskosten der Schule für Potsdam langfristig so niedrig wie möglich zu halten. Dabei werden einerseits die Instandhaltungs- und Wartungskosten durch den Einsatz langlebiger, robuster und wartungsarmer Bauteile und Baustoffe minimiert, andererseits werden die Verbrauchskosten für Energie auf ein sehr niedriges Niveau reduziert. Darüber hinaus ist ein wesentlicher Teil der Energiekosten durch den Ertrag aus der Energieerzeugung zu kompensieren. Die Baukosten sind dabei vergleichbar wie bei konventionellen Gebäuden.

Im Hinblick auf wünschenswerte und neue pädagogische Konzepte sollen optimale bauliche Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Lern- und Lehrumfeld geschaffen werden, um flexiblen pädagogischen Konzepten gerecht zu werden und somit Raum für die Qualitätsentwicklung der Schule zu geben. Dies wird vor allem durch differenzierte, teilbare und flexibel nutzbare Räume erreicht. Im Rahmen eines integrierten Planungsansatzes sollen alle technischen, energetischen und funktionalen Anforderungen als Teil der Architektur verstanden werden.

Als Beispiel kann die neue Grundschule in Hohen Neuendorf dienen (Projekt liegt bei). Zu einer Exkursion zur fertiggestellten Schule in Hohen Neuendorf hatte die Fraktion im Herbst 2011 herzlich eingeladen.

Unterschrift

Begründung siehe Anlage





**Betreff:**

öffentlich

**Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen**

**bezüglich**

**DS Nr.: 09/SVV/1153**

Erstellungsdatum 22.09.2011

Eingang 902: 22.09.2011

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung

Gremium

02.11.2011 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:** Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Den **Zwischenbericht** zur Erarbeitung der Grundsätze bzw. Leitlinien für die geschlechterspezifische Arbeit:

Für die Bestandsaufnahme zur Entwicklung von Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen sowie mit Jungen und jungen Männern wurde Anfang Februar 2011 ein „Fragebogen zur Bestandsaufnahme der genderbezogenen Arbeitsweise der Einrichtungen in der Potsdamer Jugendhilfe“ erstellt, getestet und in Anwendung gebracht. Dazu wurden alle regionalen AG's nach § 78 um Ausfüllung gebeten. Bis Mai 2011 wirkten insgesamt 23 freie Träger mit und bis Juli kamen 29 Bögen zur Auswertung. Diese unterteilen sich in 8 Bögen von Kitas, 10 Bögen von Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung und 11 Bögen von Angeboten der Jugendförderung. Auch die Regionen der Jugendhilfe sind dabei paritätisch vertreten. Dieser Befragungsquerschnitt ergab eine gute Datengrundlage für die weitere Arbeit am Thema.

So wird das Thema „Gender Mainstreaming“ bzw. „Geschlechtergerechtigkeit“ bereits in 39 % aller Konzepte berücksichtigt, 35 % haben es auch in ihrem Leitbild verankert. Es zeigte sich im Gesamtdurchschnitt, dass 85% aller pädagogischen Kräfte in den Einrichtungen/ Angeboten der Befragten weiblich sind, der größte Männeranteil ist dabei in der Jugendförderung zu finden, der kleinste in den Kitas.

**Fortsetzung der Mitteilung Seite 3**

**Beratungsergebnis**

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

## Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

### **Fortsetzung der Mitteilung:**

Bei der Zielgruppenanalyse ist der Anteil von Mädchen und Jungen fast paritätisch, auch im Vergleich der Regionen und im Vergleich der Arbeitsfelder gibt es im Durchschnitt keinen relevanten Geschlechterüberschuss. Innerhalb einzelner Einrichtungen gibt es allerdings sehr große Unterschiede.

Auffällig groß war der im Fragebogen dargestellte Fortbildungsbedarf zum Thema, der im Gesamtdurchschnitt bei 62% der Befragten lag. Aus diesem Grunde wurden die Ergebnisse der Befragung nicht nur den Mitwirkenden der Analyse präsentiert sondern für den 31.08.2011 eine Fachtagung für alle Interessenten der Potsdamer Jugendhilfe organisiert.

Am Fachtag informierten sich 58 TeilnehmerInnen über die Ergebnisse der Datenerhebung und befassten sich mit externen Experten zur Bedeutung von Gender Mainstreaming-Strategien sowie mit Erfahrungen und Möglichkeiten von Mädchen- und Jungenarbeitsmethoden. Danach folgte eine Diskussion zu Umsetzungsmöglichkeiten in der Praxis. Aus den Mitwirkenden haben sich 10 InteressentInnen bereit erklärt, in einer Fach-Arbeitsgruppe zur Gender-Thematik einen Entwurf von Leitlinien zu entwickeln. Um ein größtmögliches Mitwirken aller Jugendhilfeträger in diesem Entwicklungsprozess zu erreichen, ist vorgesehen, diesen Entwurf allen Trägern zur Verfügung zu stellen, deren Ideen und Meinungen abzufragen und zu berücksichtigen. Durch dieses partizipative Vorgehen wird die Akzeptanz solcher Leitlinien in der Jugendhilfeträgerschaft erhöht und ein gemeinschaftliches Umsetzen dieser deutlich erfolgreicher sein.

Grundsätzlich ist geschlechtsspezifische Arbeit ein Querschnittsthema, das in eine Haltung münden muss, die dauerhaft spürbar und wirksam bleibt. Deshalb kann dieses Thema nie abgeschlossen sein. Ob Leitlinien das geeignete Instrument zur Entwicklung einer solchen genderbezogenen Arbeitsweise sind, wird die Diskussion zeigen.